

KOMMENTAR



Michael Roth über die Informationspolitik der GKM-Aktionäre

Vorher informieren

Wenn ein Vorstand auf einer Pressekonferenz aus heiterem Himmel Verkäufe von Beteiligungen in Aussicht stellt oder eine Pressesprecherin ohne das nötige Wissen zum selben Thema leichtfertig daherredet und beides anschließend in der Zeitung steht, sind natürlich die Journalisten schuld, wenn es zu Unruhe in der Belegschaft des betroffenen Unternehmens kommt. Jüngstes Beispiel: die Posse um Aussagen zu Anteilsverkäufen am Großkraftwerk Mannheim.

In einer Mitteilung an die Belegschaft teilten Geschäftsführung und Betriebsrat des Großkraftwerks nun mit, dass keine Hinweise zu möglichen Anteilsveräußerungen durch die Eigentümer vorliegen oder Pläne hierzu bekannt seien. Eine Rückfrage in der jüngsten Aufsichtsratssitzung habe dies ausdrücklich bestätigt.

Bei den Presseberichten, in denen von GKM-Anteilsverkäufen die Rede war, handele es sich offenbar um Spekulationen und Fehlinterpretationen, die an der derzeitigen Sachlage vorbeigingen, heißt es in der Mail weiter.

Diese Zeitung hatte Anfang des Monats darüber berichtet, dass die GKM-Aktionäre EnBW und RWE über einen Verkauf ihrer Anteile nachdenken. Dabei handelte es sich weder um Spekulationen noch um Fehlinterpretationen, sondern um öffentliche Aussagen eines EnBW-Vorstands bei einer Pressekonferenz sowie um telefonische Aussagen einer RWE-Sprecherin auf Anfrage.

Vielleicht wäre es sinnvoller, wenn sich Vorstände und Pressesprecher beim nächsten Mal erst informieren und dann reden. Nicht dass es wieder zu „Spekulationen oder Fehlinterpretationen“ kommt.

Smartphones: Änderung für Nutzer von iPhones

WhatsApp nur als Abo



Das Programm WhatsApp hat die SMS weitgehend ersetzt. BILD: DPA

SAN FRANCISCO/BERLIN. Der Messaging-Service WhatsApp wird in Zukunft für das iPhone nur noch im Abo-Modell angeboten. Im amerikanischen iTunes Store kostet der WhatsApp Messenger für das Apple-System iOS derzeit einmalig 0,99 Dollar (in Deutschland 0,89 Euro) und läuft dann unbefristet. Unter dem neuen Abo-Modell soll die Nutzung im ersten Jahr kostenlos sein, jedes folgende Jahr kostet dann jeweils einen Dollar. Das Abo-Modell soll für neue Nutzer gelten und sei ähnlich strukturiert wie die Angebote auf den Plattformen Android, Blackberry und Windows Phone, zitiert das Technologie-Blog „TechCrunch“ den WhatsApp-Chef Jan Koum. Einen konkreten Zeitpunkt für die Umstellung nannte er nicht. Es soll aber dieses Jahr sein. dpa



Alle drei GKM-Anteilseigner sind wieder in der richtigen Spur: Auf einer Aufsichtsratssitzung wurden zuletzt bestehende Unsicherheiten ausgeräumt. BILD: PROSSWITZ

Energie: EnBW und RWE wollen Anteile am Großkraftwerk Mannheim behalten / MVV sieht „bewährte Zusammenarbeit“

„Klares Bekenntnis zum GKM“

Von unserem Redaktionsmitglied Frank Schumann

MANNHEIM. Bei der Aufsichtsratssitzung des Großkraftwerks Mannheim (GKM) am vergangenen Mittwoch nahmen die Anteilseigner EnBW und RWE den Druck vom Kessel: Beide Konzerne haben nach Informationen dieser Zeitung ein „klares Bekenntnis zum GKM abgelegt“. Das verlautete gestern aus dem Umfeld des Unternehmens. Besonders die Karlsruher EnBW sei „deutlich zurückgerudert“. Thomas Kusterer, Finanzvorstand des Konzerns, hatte bei der Bilanz-Pressekonferenz Anfang des Monats gesagt, die GKM-Beteiligung sei angesichts der aktuell niedrigen Strompreise nicht wirtschaftlich – es sei offen, wie mit dem Engagement weiter umgegangen werde.

Die Mitarbeiter des GKM erfuhren am Tag nach der Aufsichtsratssitzung, dass dem Unternehmen keine Pläne eines Anteilsverkaufs bekannt seien. Dies habe eine Rückfrage in der Sitzung des Kontrollgremiums „ausdrücklich bestätigt“, hieß es in einer E-Mail an die Belegschaft, die von den beiden Vorständen Markus Binder und Karl-Heinz Czychon sowie dem Betriebsratsvorsitzenden Ümit Lehimci gemeinsam unterzeichnet war. Ein GKM-Sprecher bestätigte gestern den Inhalt der internen Belegschaftsinformation, wonach dem GKM keine Hinweise zu möglichen Anteilsveräußerungen vorliegen.

Eine RWE-Sprecherin sagte auf Anfrage, dass der Essener Konzern für Angebote oder Partnerschaften bei Kraftwerken grundsätzlich offen sei. „Konkret zum GKM führen wir aber keine Gespräche mit potenziellen Investoren“, betonte sie. Von der EnBW war bis gestern Abend keine Stellungnahme zu erhalten.

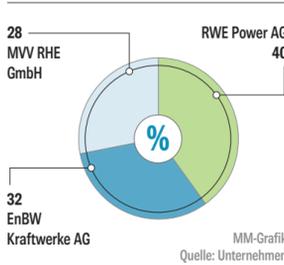
Der dritte GKM-Anteilseigner – die Mannheimer MVV Energie – wollte die Ergebnisse der Aufsichtsratssitzung nicht kommentieren. Allerdings dürfte das Bekenntnis von EnBW und RWE auch im Sinne der MVV sein. „Aus unserer Sicht hat sich die Zusammenarbeit im Großkraftwerk sehr bewährt und wir würden sie gerne fortsetzen“, hatte ein Sprecher zuletzt mit Blick auf den wankelmütigen Karlsruher Konzern

gesagt. Dessen Finanzvorstand Thomas Kusterer hatte mit Äußerungen auf der Bilanzpressekonferenz für Verunsicherung gesorgt. „Wie wir mit dem Engagement umgehen, ist noch nicht entschieden“, hatte der Manager mit Blick auf den EnBW-Anteil am GKM gesagt. Ein möglicher Grund für die Verkaufsgedanken lag wohl auch im neuen Block 9 des Kohlekraftwerks. Dessen Bau und Betrieb ist womöglich nicht für alle Anteilseigner rentabel. Kusterer hatte über Rückstellungen für drohende Verluste gesprochen. Zur genauen Höhe mach-

te das Unternehmen keine Angaben. Im EnBW-Finanzbericht für 2012 hieß es allerdings, dass das „sonstige neutrale Ergebnis“ des Konzerns „insbesondere“ durch die Bildung einer Drohverlustrückstellung für einen Strombezugsvertrag belastet wurde. Das gesamte „sonstige neutrale Ergebnis“ wird mit minus 63 Millionen Euro beziffert. Daraus lässt sich schließen, dass sich die GKM-Rückstellung auf einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag belaufen könnte. Kusterer hatte zum Thema Block 9 wörtlich gesagt: „Sie haben recht, bei den aktuellen Preisen ist es nicht wirtschaftlich.“

Dies ist eine Folge der Energiewende. Der Vorrang von Strom aus erneuerbaren Quellen wie Sonne und Wind sorgt dafür, dass konventionelle Kraftwerke, die Kohle oder Gas verbrennen, kaum noch rentabel zu betreiben sind. Sie laufen nur, wenn Sonne und Wind zu wenig Strom produzieren. Konventionelle Kraftwerke benötigen allerdings eine hohe Zahl von Betriebsstunden im Jahr, um ihre Investitionen wieder einzuspielen.

GKM-Aktionärsstruktur



gesagt. Dessen Finanzvorstand Thomas Kusterer hatte mit Äußerungen auf der Bilanzpressekonferenz für Verunsicherung gesorgt.

„Wie wir mit dem Engagement umgehen, ist noch nicht entschieden“, hatte der Manager mit Blick auf den EnBW-Anteil am GKM gesagt. Ein möglicher Grund für die Verkaufsgedanken lag wohl auch im neuen Block 9 des Kohlekraftwerks. Dessen Bau und Betrieb ist womöglich nicht für alle Anteilseigner rentabel. Kusterer hatte über Rückstellungen für drohende Verluste gesprochen. Zur genauen Höhe mach-

Autozulieferer: US-Konzern TRW schließt zum Jahresende sein Werk in St. Leon-Rot mit rund 300 Mitarbeitern / Betriebsrat verbittert

„Für die Kollegen ein absoluter Schock“

Von unserem Redaktionsmitglied Matthias Kros

ST. LEON-ROT. „Uns bleibt nur noch, den Scherbenhaufen zusammenzukehren.“ Robert Eispart, Betriebsratschef des US-Autozulieferers TRW Automotive am Standort St. Leon-Rot, ist die Verbitterung deutlich anzumerken. „Ich sehe keinen Verhandlungsspielraum mehr und auch keine Alternativen.“ Es gehe nur noch darum, einen Sozialplan mit Interessenausgleich auszuhandeln.

Kurz vorher hatten der Arbeitnehmervertreter und die Belegschaft im Rahmen einer Betriebsversammlung vom Management erfahren, dass der Standort Ende des Jahres geschlossen und die Fertigung unter anderem nach Polen verlagert werden soll. Die rund 300 Beschäftigten werden ihren Job verlieren. „Diese Ankündigung kam absolut überraschend und ist für die Kollegen ein Schock“, so Eispart. Vor allem für die angelernten Mitarbeiter gebe es auf dem Arbeitsmarkt der Region kaum Chancen.

TRW ist mit rund 70 000 Mitarbeitern einer der größten Autozulieferer

weltweit. Der Standort St. Leon-Rot gehört den Amerikanern seit rund 20 Jahren, hier werden Airbagmodule für nahezu alle namhaften Autobauer produziert.

Aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht leuchtet die Schließung auf den ersten Blick nicht unbedingt ein: Im abgelaufenen Jahr 2012 konnte TRW immerhin einen um sieben

Prozent gestiegenen Rekordumsatz von 16,4 Milliarden US-Dollar (12,5 Milliarden Euro) einfahren. Der Gewinn lag bei über einer Milliarde Dollar – in so einer wettbewerbsintensiven Branche nicht unbedingt schlecht. „Wir sind gut aufgestellt, um auch 2013 an die guten Ergebnisse anzuknüpfen“, hatte sich Konzernchef John C. Plant noch Mit-

te Februar gefreut. Die Geschäftsführung war gestern für eine Anfrage nicht erreichbar.

Bei den Arbeitnehmervertretern herrscht auch deswegen große Enttäuschung, weil Betriebsrat und IG Metall in den vergangenen Jahren mehrere Ergänzungsverträge abgeschlossen hatten, um den Standort zu sichern. Teilweise hatten die Beschäftigten sogar auf Geld verzichtet. „Diese von den Mitarbeitern erbrachten Leistungen wurden aber offenbar nicht zur langfristigen Sicherung verwendet, sondern dienen scheinbar der Profitmaximierung“, so Manfred Hoppe von der IG Metall Heidelberg.

Nur wenige Kilometer von dem TRW-Standort entfernt bängen übrigens weitere Kollegen um ihren Job: Beim US-Autozulieferer Borg-Warner sprechen Arbeitnehmervertreter und Management derzeit über die Zukunft der Werke in Heidelberg und Ketsch, wo unter anderem Reibkammeln für Automatikgetriebe gefertigt werden. Die Rede ist davon, dass rund 300 Arbeitsplätze in Gefahr sind, sogar eine komplette Schließung des Standortes in Ketsch ist eine Option.



TRW Automotive in St. Leon-Rot produziert Airbagmodule für fast alle namhaften Automobilhersteller. BILD: DPA

KURZ UND BÜNDIG

Fitschen warnt vor Grenzen

FRANKFURT. Die Deutsche Bank warnt vor einer einseitigen gesetzlichen Kappung von Bonuszahlungen für Banker. Sollten europäische Institute auch außerhalb Europas die hiesigen Vorgaben anwenden müssen, „befürchten wir in der Tat, im internationalen Wettbewerb insbesondere an außereuropäischen Finanzplätzen benachteiligt zu werden“, sagte der Co-Chef des Dax-Konzerns, Jürgen Fitschen. dpa

Großauftrag für Airbus

PARIS. Mit der größten Einzelbestellung in der Airbus-Geschichte hat sich der europäische Flugzeugbauer erneut einen milliarden schweren Auftrag sichern können. Die EADS-Tochter soll der indonesischen Fluglinie Lion Air 234 Maschinen vom Typ A320 liefern. Der Vertrag wurde im Beisein von Frankreichs Präsident François Hollande unterzeichnet. dpa

VW mit Rückruf in China

PEKING. VW ruft in China zahlreiche Autos wegen Getriebeproblemen in die Werkstätten. Die genaue Zahl will der Autobauer erst nach Beratungen mit der chinesischen Behörde für Qualitätsüberwachung heute bekanntgeben, wie ein Sprecher ankündigte. Angesichts der Vielzahl an Fahrzeugen, in denen das betroffene Doppelkupplungsgetriebe eingebaut wird, schätzen Experten den Rückruf auf mehrere Hunderttausend Wagen. rtr

ZAHLE DES TAGES

Der Nutzfahrzeughersteller Daimler ruft in den USA mehr als **2800 Lkw** in die Werkstätten. An den bis 2012 gebauten Fahrzeugen könnten die Tanks leckschlagen, so die US-Verkehrsbehörde NHTSA

Daimler erweitert Presswerk

STUTTGART. Der Autobauer Daimler baut sein Presswerk in Kuppenheim (Kreis Rastatt) aus. Dabei werden rund 200 neue Arbeitsplätze geschaffen, wie Daimler gestern in Stuttgart mitteilte. In dem Werk werden demnach hauptsächlich Bauteile für die neue A-Klasse produziert. lsw

Amazon: Online-Händler zieht wegen Leiharbeitern vor Gericht

Betriebsrat verklagt

FULDA. Der Online-Versandhändler Amazon hat seinen Betriebsrat verklagt, um 65 Leiharbeiter weiterbeschäftigen zu können. Grund des Rechtsstreits: Die Leiharbeiter, die von der Firma Trenkwalder an Amazon vermittelt worden waren, hatten befristete Arbeitsverträge bis Ende Februar. Amazon wollte diese Verträge bis Ende März verlängern. Doch der Betriebsrat verweigerte seine Zustimmung. Ein Gütertermin vor dem Arbeitsgericht Fulda verlief gestern weitgehend ergebnislos. Die 65 Leiharbeiter dürfen unterdessen bei Amazon weiterarbeiten.

Richterin Christine Schwarz erklärte, allein der Dringlichkeitsantrag von Amazon berechtige die Firma zur Weiterbeschäftigung. Der Frankfurter Rechtsanwalt Markus Pfeifenberger, der den Betriebsrat vertritt, sagte: „Der Verleiher ist aus Sicht des Betriebsrates unseriös.“ Aufgrund einer ARD-Fernsehdokumentation war Trenkwalder in den Fokus der Behörden geraten. Konkrete Ermittlungsergebnisse hat die Bundesagentur für Arbeit aber noch nicht veröffentlicht.

Die Amazon-Zentrale in München teilte mit, die Zeitarbeiter unterstützten Amazon im Ostergeschäft. Ab April werde mehr als die Hälfte von ihnen in eine befristete Festanstellung übernommen. dpa